

Große Anfrage

der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Gerd Andres, Doris Barnett, Hans Büttner (Ingolstadt), Peter Dreßen, Konrad Gilges, Karl-Hermann Haack (Extertal), Renate Jäger, Erika Lotz, Ulrike Mascher, Leyla Onur, Adolf Ostertag, Renate Rennebach, Hans-Eberhard Urbaniak, Petra Ernstberger, Eike Hovermann, Klaus Kirschner, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Brigitte Lange, Waltraud Lehn, Dr. Martin Pfaff, Gudrun Schaich-Walch, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Regina Schmidt-Zadel, Antje-Marie Steen, Dr. Wolfgang Wodarg, Verena Wohlleben, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Siegfried Scheffler, Dieter Schanz, Walter Kolbow, Dieter Maaß (Herne), Lothar Ibrügger, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Monika Heubaum, Heide Mattischeck, Uta Titze-Stecher, Dr. Uwe Küster, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima

Die nicht endenden Kürzungen und Aushöhlungen unserer sozialen Sicherungssysteme beurteilt die Bundesregierung lediglich unter dem Aspekt der erhofften Einsparungen im Bundeshaushalt. Die gegenwärtige Finanzkrise ist jedoch keine Entschuldigung dafür, die längerfristigen gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Gesetzesvorhaben außer acht zu lassen. Der soziale Frieden wird riskiert für kurzfristige Sparmaßnahmen, deren Ende und deren tatsächliches finanzpolitisches Ergebnis nicht abzusehen ist.

Unberücksichtigt läßt die Bundesregierung die andere Seite: die Betroffenen. Dort, wo jeder Sparerfolg im Bundeshaushalt ein neues Loch in die Haushaltskasse reißt, sich durch die Aushöhlung des Arbeitsrechts Unsicherheit und Angst vor Arbeitslosigkeit ausbreiten und jede Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Chancen und Hoffnungen auf Wiedereingliederung dezimiert.

Noch in der Haushaltsdebatte hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, der SPD vorgeworfen, sie rede nur von Zahlen, nicht von Menschen.

Abgesehen davon, daß die von der Bundesregierung vorgetragenen angeblichen Einsparvolumina auch zur Gattung der Zahlen gehören, sind Statistiken eine notwendige Krücke zur Veranschaulichung des Ausmaßes von Veränderungen in unserem Land: hervorgerufen durch die zahllosen kleinen und größeren Einspar-Gesetze der Bundesregierung, die von vielen schon als alltäglich hingenommen werden.

Die im folgenden geforderten Zahlen sollen zurück zu den Menschen hinter den Gesetzen führen. Es geht auch darum, das Ausmaß der gesellschaftlichen Spaltungen zu erfahren. Inwieweit ist der Zusammenhalt der Menschen im Betrieb und in der Region bereits zerstört?

Unentbehrlich sind vor allem langfristige Untersuchungen über die gesellschaftlichen Veränderungen seit dem Regierungswechsel 1982. Wie hat sich seitdem das gesellschaftliche Klima, die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland verändert?

Wie entwickelt sich die soziale Mobilität?

Sind weitere Kürzungen – die ja anstehen – noch mit dem sozialen Konsens zu vereinbaren?

Welche Auswirkungen hat diese Art von Politik auf die Lebensumstände, die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen? Diese langfristige Perspektive wird aber allzuoft durch die Vorlage von nur noch gesamtdeutschen Daten seit der Wiedervereinigung erschwert. Diese Art von Verschleierung ermöglicht es bislang der Bundesregierung, ihren Kurs in Richtung einer anderen Art von Sozialstaat nahezu unerkannt fortzusetzen.

I. Einkommensentwicklung seit 1982

1. Wie hat sich seit 1982 die Zusammensetzung der Privathaushalte getrennt nach Westdeutschland und den neuen Bundesländern entwickelt für die Haushaltsgruppen der

- a) Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft,
- b) Angestellten,
- c) Arbeiter,
- d) Beamten,
- e) Rentner,
- f) Arbeitslosen,
- g) Sozialhilfeempfänger,
- h) Privathaushalte insgesamt

und wie bewertet die Bundesregierung die Veränderungen in der Zusammensetzung der Haushaltsgruppen?

2. Wie hat sich seit 1982 das durchschnittliche verfügbare Einkommen getrennt nach Westdeutschland und den neuen Bundesländern bei Umrechnung von Haushaltsmitgliedern in Verbrauchereinheiten mit einer Gewichtung von Haushaltsbezugsperson = 1, weitere Haushaltsmitglieder ab 14 Jahren = 0,7, Kinder unter 14 Jahren = 0,5 nach DIW oder vergleichbare Umrechnung verändert in den Haushaltsgruppen der

- a) Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft,
- b) der Angestellten,
- c) der Arbeiter,
- d) der Beamten,

- d) der Rentner,
 - f) der Arbeitslosen,
 - g) der Sozialhilfeempfänger,
 - h) der Privathaushalte insgesamt
- und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung der verfügbaren Einkommen?
3. Wie entwickelten sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit verglichen mit der Nettowertschöpfung (einschließlich der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Bankdienstleistungen unterstellten Entgelte) in Westdeutschland seit 1982 und in Gesamtdeutschland seit 1990? (Aufgeteilt nach Ost und West)
 4. Wie haben sich die realen Nettolöhne und -gehälter seit 1982 in Westdeutschland und seit 1990 in Gesamtdeutschland verändert?
 - a) Welche Auswirkungen hatte die Entwicklung auf die Kaufkraft der Arbeitnehmer und den privaten Verbrauch?
 - b) Inwieweit weicht die Entwicklung der Arbeitseinkommen von der Entwicklung der Gesamteinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte ab?
 5. Welche Entwicklungen nahmen die Realeinkommen von Arbeitslosen seit 1982 in Westdeutschland und seit 1990 in Gesamtdeutschland, und zwar insgesamt und aufgegliedert nach der unterschiedlichen Höhe der Lohnersatzleistungen?
 6. Welche Diskrepanz ergibt sich bei der Korrelation von der durchschnittlichen Höhe des Arbeitslosengeldes mit 60 bzw. 67 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts deutscher Arbeitnehmer?
 7. Wie bewertet die Bundesregierung die Berechnungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Einkommenslage in den neuen Bundesländern und Westdeutschland im Vergleich (1990–1995) auf der Grundlage der Definition eines sozio-kulturellen Existenzminimums nach dem Ratsbeschluß der Europäischen Union vom 19. Dezember 1984 (siehe DIW-Wochenbericht 50/1995, S. 863 ff.)?

II. (Um-)Verteilung

8. Wie hat sich die Sozialleistungsquote, also die Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, von 1982 bis heute in Westdeutschland verändert?
 - a) Welche Entwicklung ergibt sich gesamtdeutsch seit der Wiedervereinigung?
 - b) Wie hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf die Sozialleistungsquote ausgewirkt?
9. Welche Entwicklung ergibt sich für Westdeutschland seit 1982, wenn die Entwicklung der Sozialleistungsquote mit der Zu-

nahme der Leistungsempfänger (Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe etc.) korreliert wird?

- a) Welche Entwicklung für das Versorgungsniveau ergibt sich?
 - b) Stimmt die Bundesregierung der Erkenntnis zu, daß die Sozialleistungsquote folglich doch nicht so aussagekräftig ist für die Beurteilung der sozialen Lage?
 - c) Welche Indikatoren sind nach Auffassung der Bundesregierung geeignet zur Beschreibung der sozialen Lage der Sozialleistungsempfänger?
10. Wie hat sich die bereinigte Lohnquote, also der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der Selbständigen, seit 1982 in Westdeutschland entwickelt?

Wie ist die Entwicklung gesamtdeutsch (aufgeteilt nach Ost und West) seit der Wiedervereinigung?

11. Wie hat sich seit 1982 in Westdeutschland
- a) der Anteil der Lohnsteuer und
 - b) der Anteil der Unternehmenssteuern am Gesamtsteueraufkommen
- geändert?
12. Wie wird sich nach Meinung der Bundesregierung die geplante Abschaffung der Vermögensteuer sowie eventuell der Gewerbesteuer auf die prozentualen Anteile von Lohnsteuer und Unternehmenssteuern am Gesamtsteueraufkommen auswirken?
13. Wie hat sich seit 1982 die soziale Mobilität im Sinne einer Chancengleichheit beim Erwerb von Bildung verändert?
- a) Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Zusammensetzung der Studienanfängerquote aufgegliedert nach sozialer Stellung und Beruf der Eltern?
 - b) Welche Rolle spielt das Familieneinkommen für die Ausbildung der Kinder?
 - c) Wie und in welchem Umfang wirken sich dabei staatliche Transfers aus?

III. Frauen und Alleinerziehende

14. Auf welche Wirtschaftsbereiche konzentriert sich die Frauenerwerbstätigkeit getrennt für Ost- und Westdeutschland?
- a) Welche Veränderungen hat es hier seit 1982 in den alten bzw. 1990 in den neuen Bundesländern gegeben?
 - b) Wie hat sich der Anteil von Frauen in Führungspositionen bzw. mit überdurchschnittlichem Einkommen in Westdeutschland seit 1982 verändert?

15. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Erwerbsneigung von Frauen getrennt nach Westdeutschland seit 1982 und Ostdeutschland seit 1990?
16. Wie reagiert die Bundesregierung auf wiederholte Äußerungen von führenden CDU-Politikern aus Sachsen, wonach die Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern auf das westdeutsche Niveau abgesenkt werden sollte?
17. Wie bewertet die Bundesregierung den Anteil von Frauen an den Vollzeitbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten sowie an den Arbeitslosen getrennt für Ostdeutschland seit 1990 bzw. Westdeutschland seit 1982 bezogen auf die Erwerbsneigung von Frauen?
18. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung angesichts der rasanten Zunahme bloß geringfügiger Beschäftigung und der wachsenden stillen Reserve von Frauen, die nach Erwerbstätigkeit streben, vor dem Hintergrund der sich verändernden geschlechtsspezifischen Rollenmodelle, die zunehmend eine eigenständige Absicherung von Frauen auch in Westdeutschland notwendig machen?
19. Wie hat sich in Westdeutschland seit 1982 die Zahl der Haushalte von Alleinerziehenden, getrennt nach Geschlechtern, entwickelt?
 - a) Wie hat sich seit 1982 in Westdeutschland die Zahl der Haushalte mit weiblichen Bezugspersonen bzw. Alleinverdienern verändert?
 - b) Wie hat sich die durchschnittliche Haushaltsgröße dieser Haushaltstypen seit 1982 in Westdeutschland entwickelt?

Welchen Bedeutungszuwachs haben diese beiden Haushaltstypen seit 1982 in Westdeutschland erfahren?
20. Welche Projekte unterstützt bzw. welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich von Ganztagschulen, einem hinreichenden Angebot von Ganztagskindergärten und Krippen, um insbesondere Alleinerziehenden und Frauen mit Erwerbsneigung die Möglichkeit zu geben, qualifizierte Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse auszuüben?
21. Wie hat sich in Westdeutschland seit 1982 das durchschnittlich verfügbare Einkommen von Haushalten mit weiblichen Bezugspersonen bezogen auf das entsprechende Einkommen von Haushalten mit männlichen Bezugspersonen verändert bei Umrechnung von Haushaltsmitgliedern in Verbrauchereinheiten mit einer Gewichtung von Haushaltsbezugsperson = 1, weitere Haushaltsmitglieder über 14 Jahre = 0,7 und Kinder unter 14 Jahren = 0,5 unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Kostendegression der Wirtschaftsführung bei wachsender Haushaltsgröße?
22. Wie sieht dieses Einkommensverhältnis aus für
 - a) weibliche und männliche Selbständige außerhalb der Landwirtschaft,

- b) Arbeiter und Arbeiterinnen,
 - c) weibliche und männliche Angestellte,
 - d) weibliche und männliche Beamte,
 - e) weibliche und männliche Auszubildende?
23. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben endlich zu beenden?

IV. Mißbrauch von Sozialleistungen

24. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Anzahl der tatsächlich mißbrauchten Sozialleistungen gemessen an der Höhe der gezahlten Leistungen und an der Zahl der Leistungsempfänger?
25. Wie viele Strafanzeigen sind seit 1990 pro Jahr gegen Leistungsempfänger wegen mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Lohnersatzleistungen erstattet worden und welchem prozentualen Anteil an den Gesamtleistungsempfängern entspricht das?

Wie viele dieser Strafanzeigen führten später tatsächlich zu einer Verurteilung und welchem prozentualen Anteil an den Gesamtleistungsempfängern entspricht das?

26. Wie oft wurden seit 1990 pro Jahr Sperrzeiten wegen Ablehnung zumutbarer Arbeit gegen Leistungsempfänger verhängt und welchem Anteil an den Gesamtleistungsempfängern entspricht das?

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Arbeitgebermißbrauch vor allem in bezug auf Nichtentrichtung von Sozialbeiträgen und durch illegale Beschäftigung?

27. Besitzt die Bundesregierung mittlerweile, vielleicht durch die im Föderalen Konsolidierungs-Programm-Gesetz (FKPG) angekündigte neustrukturierte Sozialhilfestatistik, quantifizierende Zahlen zum Mißbrauch in der Sozialhilfe?

- a) Wenn ja, wie oft und in welchen Bereichen wird Sozialhilfe mißbraucht, und wie hoch ist der Mißbrauchsgrad gemessen an der Zahl der Gesamtempfänger?
- b) Wenn nicht, teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen sowie bei Sozialhilfeempfängern unter 18 Jahren, Mißbrauch weitestgehend ausgeschlossen werden kann?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung vom vorhergehenden ausgehend die Mißbrauchsquote in der Sozialhilfe?

28. Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, wie sich infolge der vorgenommenen Personaleinsparungen in den Arbeits- und Sozialämtern bei gleichzeitiger Zunahme der Betroffenen die persönliche Betreuung, also auch das Zeitkontingent verändert, das jeweils für die Bearbeitung eines „Falles“ bzw. eines Leistungsempfängers zur Verfügung steht?

Hält die Bundesregierung diese Entwicklung für sachgerecht im Sinne von Wiedereingliederung z. B. in den Arbeitsmarkt?

29. Teilt die Bundesregierung die Auffassung daß ein Mehr an Personal in den Sozialämtern und Arbeitsämtern ein Weniger an Leistungsanspruchnahme, Verweildauer im Leistungsbezug und Mißbrauch von Leistungen zur Folge hätte?

V. Das gesellschaftliche Klima

30. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit auf die Betroffenen und ihre Familien?
31. Gibt es Untersuchungen über die Auswirkungen der andauernden Mißbrauchsdebatte von Sozialleistungen auf das Selbstwertgefühl und das psychische Befinden von Arbeitslosen (insbesondere Langzeitarbeitslosen) und anderen Sozialleistungsempfängern?

Und wenn nicht, beabsichtigt die Bundesregierung eine derartige Studie durchzuführen?

32. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die andauernde, von der Presse größtenteils dankbar aufgegriffene Mißbrauchsdebatte, das Solidargefühl der Bevölkerung gegenüber betroffenen Bedürftigen aushöhlt und damit einen wichtigen Grundkonsens unserer Gesellschaft in Frage stellt?
- a) Wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung diese Entwicklung einzudämmen?
- b) Inwieweit beeinflusst die Mißbrauchsdebatte das Verhalten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Arbeits- und Sozialämtern?

33. Liegen der Bundesregierung Informationen aus Befragungen etc. darüber vor,
- was die Bürger unter Sozialstaat und sozialer Marktwirtschaft verstehen,
 - wie weitreichend die soziale Absicherung des Einzelnen sein sollte,
 - wie viele Bürger am Sozialstaat und der sozialen Marktwirtschaft festhalten wollen und wo sie ggf. bereit wären, Abstriche zu machen?

Wenn der Bundesregierung keine Daten zu diesen Fragestellungen vorliegen, plant sie dann entsprechende Erhebungen vorzunehmen?

34. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Akzeptanz des Leistungsabbaus und der Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherung bei der Bevölkerung?

Wie wird sich die Haltung der Bevölkerung bei weiteren Einsparungen entwickeln?

35. Wie bewertet die Bundesregierung die Protestaktionen der Bevölkerung z. B. zum „Sparpaket“ verglichen mit der Protestwelle in Frankreich?
36. Wie beurteilt die Bundesregierung die durch das neue Gesetz hervorgerufenen Auseinandersetzungen der Tarifvertragsparteien um die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall vor dem Hintergrund der Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland?
37. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der bisherige soziale Frieden in Deutschland, gerade auch bei Tarifauseinandersetzungen, ein nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Standortvorteil Deutschlands ist?
38. Werden sich die bereits vorgenommenen und noch geplanten Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherung nach Meinung der Bundesregierung auch dann rentiert haben, wenn trotz allem Deutschland die Maastricht-Kriterien für die europäische Währungsunion nicht erfüllt?
39. Inwieweit hat sich die Einstellung der Bevölkerung zur EU verändert?
Inwieweit spielten dabei Lohn- und Sozialdumping eine Rolle?
40. Welche Gründe sind dafür nach Meinung der Bundesregierung maßgeblich?
41. Inwieweit hat speziell die gemeinsame Diskussion von Sozialstaatsdebatte und europäischer Währungsunion die Zustimmung zur europäischen Einigung geschwächt?
42. Inwieweit ist nach Auffassung der Bundesregierung die Standortdebatte für Vorschläge zur Deregulierung und zum Sozialabbau vereinnahmt worden?
43. Welche Auswirkungen hat das soziale Klima auf die Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen?
Welche Folgen ergeben sich für die Innovationsbereitschaft?

VI. Deutschland im internationalen Vergleich

44. Wie hat sich die bereinigte Lohnquote in den EU-Ländern, USA, Kanada und Japan seit 1982 verändert?
45. Wie haben sich die Lohnstückkosten – nominal in nationaler Währung – seit 1982 in den EU-Ländern verändert (Basisjahr 1982 und 1990)?
46. Wie ist die Besteuerung von Vermögen gegenwärtig in den G7-Ländern geregelt?
47. Wie ist das Verhältnis von Unternehmenssteuern zu Lohnsteuern in den G7-Ländern?
48. Welchen prozentualen Anteil haben Frauen in den EU-Ländern, USA, Kanada und Japan an den Erwerbstätigen und an den Arbeitslosen?

49. Auf welche Wirtschaftsbereiche konzentriert sich Frauenerwerbstätigkeit?
50. Wie hoch ist in den EU-Ländern der Anteil von Frauen in Führungspositionen?
51. Wie ist das Angebot an Ganztagschulen, Ganztagskindergärten und Krippen in Deutschland verglichen mit den Ländern der Europäischen Union zu bewerten?
52. Wie hat sich die Sozialleistungsquote in den EU-Ländern seit 1982 entwickelt?
Wie erklären sich die Unterschiede in der Sozialleistungsquote nach dem Sozialbudget und nach Eurostat?
53. Liegen der Bundesregierung vergleichbare Daten aus den EU-Ländern über die Einstellung der Bevölkerung zum Sozialstaat allgemein und speziell zur sozialen Sicherung vor?
54. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß in vielen Ländern die Tarifparteien inzwischen nicht mehr die Kraft haben, flächendeckend Tarifverträge durchzusetzen?
55. Inwieweit ist eine Stärkung der Tarifvertragsparteien durch politische Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene möglich und sinnvoll?

Bonn, den 12. März 1997

Ottmar Schreiner	Gudrun Schaich-Walch
Gerd Andres	Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Doris Barnett	Regina Schmidt-Zadel
Hans Büttner (Ingolstadt)	Antje-Marie Steen
Peter Dreßen	Dr. Wolfgang Wodarg
Konrad Gilges	Verena Wohlleben
Karl-Hermann Haack (Extertal)	Heidemarie Wieczorek-Zeul
Renate Jäger	Siegfried Scheffler
Erika Lotz	Dieter Schanz
Ulrike Mascher	Walter Kolbow
Leyla Onur	Dieter Maaß (Herne)
Adolf Ostertag	Lothar Ibrügger
Renate Rennebach	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Hans-Eberhard Urbaniak	Monika Heubaum
Petra Ernstberger	Heide Mattischeck
Eike Hovermann	Uta Titze-Stecher
Klaus Kirschner	Dr. Uwe Küster
Dr. Hans-Hinrich Knaape	Wieland Sorge
Brigitte Lange	Dr. Peter Struck
Waltraud Lehn	Rudolf Scharping und Fraktion
Dr. Martin Pfaff	

